



Sozialausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 29. November 2019
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 40. des **Sozialausschusses**

am Donnerstag, dem 28. November 2019, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer 342a des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur finanziellen Entlastung von Familien und Kommunen (KiTa-Reform-Gesetz)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1699](#)

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf ab. In der anschließenden Abstimmung über die im Rahmen der Ausschussberatung vorgelegten fünf Änderungsanträge wurden die Anträge der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Umdrucke 19/3141](#), 19/3264 und 19/3288 jeweils insgesamt sowie der Änderungsvorschlag zu § 5 des Gesetzentwurfs aus dem Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 19/3265](#), und die Nummer 6 a) aus dem Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/3300](#), mehrheitlich angenommen; die übrigen Änderungsvorschläge erhielten keine Mehrheit.

In der Schlussabstimmung empfahl der Sozialausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und des Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der SPD dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Stärkung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur finanziellen Entlastung von Familien und Kommunen, [Drucksache 19/1699](#), in der durch die zuvor angenommenen Änderungen geänderten Fassung anzunehmen.

2. a) **Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1498](#)

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf ab. Der von den Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgelegte Änderungsantrag, [Umdruck 19/3299](#), wurde mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW bei Enthaltung einer Stimme der SPD-Fraktion angenommen.

Der Ausschuss empfahl dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und des Abgeordneten des SSW bei Enthaltung einer Stimme der SPD-Fraktion, den Gesetzentwurf der Landesregierung eines

Zweiten Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, [Drucksache 19/1498](#), in der geänderten Fassung anzunehmen.

b) Beschäftigungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen verbessern

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1506](#)

Der Punkt wurde einvernehmlich von der Tagesordnung abzusetzen.

3. Entwurf eines Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/1757](#)

Einstimmig beschlossen die Ausschussmitglieder die Durchführung einer schriftlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen zu benennen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1613](#)

Der Ausschuss schloss seine Beratungen zu dem Gesetzentwurf ab. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und des Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der AfD empfahl er dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

5. Kapazitäten und Arbeitsbedingungen auf Schlachthöfen und in der Fleischverarbeitung in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/1510](#)

Nach einer Verfahrensdiskussion über die Durchführung einer schriftlichen oder einer mündlichen Anhörung und der Ablehnung des Verfahrensantrags von SPD und SSW, sofort eine mündliche Anhörung durchzuführen, beschloss der Ausschuss einstimmig die Durchführung einer schriftlichen Anhörung. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden innerhalb von 14 Tagen zu benennen.

6. Das UKSH braucht eine bessere Ausstattung - Maximalversorgung auf Spitzenniveau sichern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1093](#)

Das UKSH weiter stärken

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1128](#)

Der Punkt wurde einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt.

7. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1701](#)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1703](#)

Der Ausschuss beschloss die Durchführung einer schriftlichen Anhörung der kommunalen Landesverbände zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 19/1701](#), dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/1703](#), und dem Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Umdruck 19/3306](#).

8. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD

[Drucksache 19/1612](#)

Antrag des Abg. Claus Schaffer (AfD)

[Umdruck 19/3292](#)

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich gegen die Stimmen der AfD-Fraktion, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

9. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Schluss: 16:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder